

# Volksmacht

für Schlesien

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Verlagsort: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141.  
Postfach-Konto: Postfachamt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienangelegenheiten, Stellengesuche, Verleumdungen, Verleumdungen und Wohnungsangelegenheiten 5 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Expedition für Straße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

## Das Kabinett ruft das Ausland an.

### Neue Besitzsteuerverordnungen angehtigt.

Die Reichsregierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen einen Antrag an das Ausland zu richten, um der Welt zu sagen, Deutschland am Ende seiner Kräfte angelangt ist. Zuvor will die Reichsregierung von sich aus noch „das Letzte“ versuchen. Am Freitag geht dem Reichskabinett die zweite Steuerreformordnung des Reichsfinanzministeriums zur Beratung zu, nämlich die Heberwahrungsausführung des Reichsfinanzgesetzes. Diese Steuerreformordnung soll angeblich eine schwere Belastung der Besitzenden bringen. Eine dritte Steuerreformordnung, die ebenfalls im Herbst fertiggestellt ist und angeblich einen Eingriff in die Einkünfte enthält, soll dann die „allerletzte“ (2) steuerliche Maßnahme sein. Eine Erhöhung des Rentenmarktes erklärt die Regierung mit Recht für unmöglich, weil durch die einzige Lichtschimmer in dieser trostlosen Zeit, die durch den Rentenmarkt ersetzte stabile Währung, erschaffen würde. Der Staat des Reiches bei der Rentenbank ist bereits so stark angeschlagen, daß das Reich nicht mehr imstande ist, seine Dezembergebühren zu bezahlen, wenn ihm nicht noch im Laufe dieses Monats ein neues wertvolles Einzahlungsmittel zuzuführen.

Das Kabinett Marx will sich im übrigen, nach Mitteilung des Reichsfinanzministers, weiterhin bemühen, geklärt auf inneren Sanierungsversuch, im Auslandes Kredite zu erhalten und die Fäden weiter zu spinnen, die vom Kabinett Stresemann bezogen worden sind. Die neue Regierung will alles tun, um mit den Regierungen der Entente an den Verhandlungstisch zu kommen. Die Regierung ist dabei entschlossen, ihren Opfern für das letzte Gebot bis zum Ausbleiben zu tun. Von einem besonderen Gebot, das Arbeitsgeber und Arbeitnehmer zur Aufrechterhaltung der Mittel für die Gewerkschaften verpflichtet, hat die Regierung Abstand genommen, nach dem dem Verhandlungswege 20 Prozent der Beiträge bereits abgezogen worden sein sollen. Die Regierung will versuchen, notwendigen Mittel auf anderem Wege flüssig zu machen, und sich auch die Länder, nicht zuletzt Preußen, bereit erklärt haben, ihren Pflichtanteil besser aufzubringen wie bisher. Auch Gemeinden sollen stärker als bis jetzt angeschaffen werden, die ihnen zwei Drittel aufzubringen. Die ursprünglich vorgesehene Summe von 340 Goldmarken ist schon stark aufgebraucht, jedoch zurzeit für die produktive Gewerkschaften vorwiegend nur noch ein Betrag in der Höhe von bis 50 Millionen zur Verfügung steht.

### Währungskommissar Schacht über die wirtschaftlichen Aussichten. Sein Goldkreditplan.

Reichswährungskommissar Dr. Schacht, der als ausführender Kandidat für das Amt des Reichsfinanzpräsidenten am Mittwoch einen Vertreter des „Sax. Parlaments“ und machte ihm folgende Ausführungen über den augenblicklichen Stand unserer Währung und die in der Zukunft zu erwartenden Maßnahmen: Seit dem 20. November ist es gelungen, den Dollar unentgeltlich auf demselben Basis zu halten und damit die Mark auf eine Höhe von einer Million zu stabilisieren. Ganz unabhängig von der Frage, ob dieser Kurs für die Dauer ein angemessener ist, wobei die Frage der Aufwertung aller Reichsmarkenscheine eine erhebliche Rolle spielt, ist es zu begrüßen, daß durch die Tatsache der Stabilisierung eine Verhängung der schlimmsten Krisen der Wirtschaft und insbesondere der Verarmung eingetreten ist. Man hat das Gefühl, daß die Finanzpolitik einen stetigen Kurs hervor und das ist ein wertvolles psychologisches Moment. Indessen darf nicht vergessen, daß die Mittel, die zu dieser Stabilisierung geführt haben, im wesentlichen auf dem Markt des Auslandes liegen. Die Verknappung des Zahlungsmittels durch den Umlauf einer großen Menge Rentenmark und die Ausschüttung des Notgeldes an den Kassen der Reichsbank sind die wichtigsten Momente, die den Verlauf von Reichsmark an den ausländischen Märkten zum Stillstand gebracht haben. Es hat sich gezeigt, daß das Ausland selbst keine nennenswerten Zahlungsmittel mehr besitzt und vom Inland verknappungsfähig in Reichsmark wegen der Verknappung nicht in das Ausland geleitet werden können. Darum habe ich unter H.N. Mitarbeiter in der „Volksmacht“ und zugleich in Berlin hingewiesen. (Red.) Diese Umstände und die Lage der Relationen zwischen Reichsmark, Rentenmark und Goldmark haben dazu geführt, daß aus inländischen Banken, Banken und Offizieren zum Verkauf gelangt sind. Allen diesen zeigt sich deshalb ein merklicher Preisnachlass. Die Markt, welcher auf großen Vorräten sitzen zu stehen. Die Gebührener dagegen haben sich die außenwirtschaftlichen Mittel wieder zu beschaffen. Zwar beginnt der sich als belebende Warenverkauf im Inlande, einen Teil der Produktion unserer Produktionslage nicht einzusetzen. Sie kann auch nicht einsetzen, wenn nicht der Produktion Betriebskapitalien in größerem Maße zur Verfügung sein, und aus diesem Grunde ist die Beschaffung von Mittel durch eine Goldkreditbank die wichtigste Aufgabe der nächsten Wochen. Die Ausgaben hierfür sind nicht ganz gering. Die wichtigsten Verträge mit den Franzosen

können möglicherweise, so belastend sie sind, den Anfang einer gewissen politischen Entspannung bedeuten. Und die Stimmung der übrigen Welt richtet sich mehr und mehr darauf, wirtschaftliche und kulturelle Erwägungen voranzustellen. Gelingt es einmal, wirtschaftliche Fragen mit der Gegenseite wirklich ernstlich zu erörtern, so treten die wirtschaftlichen Notwendigkeiten ganz von selbst auf dem Wege zur Lösung vorwärts. Die Goldkreditbank aber ist auf diesem Wege das unpolitische und deshalb vom Standpunkte der bisherigen Gegenstände aus unbedenkliche Mittel, und darum wird sich alle Arbeit zunächst auf diese Frage konzentrieren müssen.

### Der Reichstagsausschuss für höhere Beamtengehälter.

Die Regierung sagt zu. — Die neueste Verschlechterung des Beamtenrechts tritt am 1. April auf.

Der Fünfkommmission des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit der Verordnung über die Goldgehälter der Beamten und nahm einen Antrag an, der die Regierung ersucht, die Grundgehälter der Beamten sowie die Sozialzulagen auf eine Höhe zu bringen, die den Lebensnotwendigkeiten mehr gerecht wird, sobald die dazu erforderlichen Mittel bereitgestellt sind. Die Regierung beabsichtigt die von ihr vorgeschlagenen Goldgehälter als Leistungsgeschäfte und verspricht, sobald die Verhältnisse es irgendwo gestatten, den Druckschlag der Neuregelung der Mietzinsen anzupassen. Der Ausschuss beschäftigte sich dann weiter mit den angeführten Abänderungen des Reichsbeamtenengesetzes. Jeder Reichsbeamte wird durch diese Abänderungen verpflichtet, sich die Verleihung in ein anderes Amt derselben Kategorie, auch in ein solches von geringerer Range und planmäßig geringeren Dienstlohn, gefallen zu lassen. Es werde ein Antrag angenommen, der diese Abänderung bis zum 31. März betrifft.

Mit Rücksicht auf die ganz ungenügende Besoldung der Beamten hatten die Beamten-Eigenorganisationen das Reichsfinanzministerium ersucht, die auf den 17. Dezember festgesetzten Zahlungen der Besoldung für die zweite Dezemberhälfte schon am 15. Dezember vorzunehmen. Wie uns mitgeteilt wird, hat das Reichsfinanzministerium es abgelehnt, diesem durchaus verständlichen und berechtigten Verlangen zu entsprechen. Es bleibt also bei der Zahlung am 17. Dezember.

Die neuen Goldgehälter der Beamten gelten bekanntlich bereits ab 1. Dezember. Die Ausschüttung erfolgt in der Weise, daß die Berechnung auf Grund der neuesten Regelung für den Monat Dezember erfolgt. Bei der Zahlung am 17. Dezember werden die am 30. November und 10. Dezember für die erste Monatshälfte gezahlten Beträge abgezogen, so daß der verbleibende Rest die Zahlung für die zweite Dezemberhälfte darstellt. Zur Berechnung der Besoldung ist die Kenntnis der örtlichen Sonderzuschläge an den in Betracht kommenden Orten nötig. Dabei ist zu beachten, daß die bisherigen Sätze zu 1, 2, 5 und 6 Prozent künftig in Fortfall kommen. Im übrigen gilt folgende Regelung:

Bisher	jetzt
3,5 %	2 %
10,5 %	4 %
13 %	6 %
15,5 %	9 %
18 %	11 %
20,5 %	13 %
23,5 %	17 %
37,5 %	28 %
52,5 %	42 %

### Die Schulden des Deutschen Reiches am 31. Oktober 1923.

Als der Krieg ausbrach, hatten wir eine Reichsschuld von rund 5 Milliarden Goldmark. Davon waren 1,8 Milliarden fundierte und 2,2 Milliarden schwedende Schuld (Schahamweisungen). Dazu kamen noch 240 Millionen Mark Schulden durch Ausgabe von Reichsschatzschneidem. Nach Ausbruch des Krieges erhöhte sich vor allem die fundierte Schuld durch die Kriegsanleihe. Jedoch ist sie heutzutage gleich Null, da die Inflation, wenn keine Aufwertung eintritt, sie so gut wie gestrichen hat. Am 31. Oktober 1923 betrug die fundierte Schuld an Schuldverschreibungen, Schahamweisungen, Prämienanleihe rund 60 486 Millionen Mark und die schwedende Schuld 7 019 640 169 866 Millionen Mark, zusammen also 7 019 640 230 354 Millionen Mark. In Gold umgerechnet, sind das 406 Millionen, also noch nicht so viel wie der Goldbestand der Reichsbank. Die Schuldentlast hat sich aber durch die Ausgabe von wertbefähigenden Geldzeichen mehr als verdoppelt. Bis zum 31. Oktober 1923 waren 690 Millionen Mark wertbefähigende Zahlungsmittel ausgegeben, also mehr als die gesamte übrige Staatschuld betrug. Dadurch wurde die Schuld des Deutschen Reiches am 31. Oktober 1923 auf 1 096 Millionen Goldmark erhöht.

### Der Reichsindex

Für die Lebenshaltungskosten beträgt nach Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 10. Dezember, das 1268-Markenniveau der Preisindex. Er ist also gegenüber dem 8. Dezember um 15,5 Milliarden auf 1269 Milliarden gestiegen. Die prozentuale Abnahme, die in der Vorwoche 1,3 Prozent betrug, hat sich auf 16,2 Prozent gesteigert.

## Die englische Arbeiterpartei für eine sozialistische Minderheitsregierung.

Vorbereitung zum nächsten Wahlkampf.

Auf der gestern unter dem Vorsitz Ramsay MacDonalds abgehaltenen Zusammenkunft des Vollzugsrates der Arbeiterpartei wurde eine Entschließung angenommen, in der Befriedigung darüber kundgegeben wird, daß die parlamentarische Arbeiterpartei weiterhin die offizielle Opposition im Unterhaus ist (d. h. nicht von einer anderen Oppositionspartei, den Liberalen, überflügelt. Red.). Es wird weiter die Ansicht ausgedrückt, daß sollte sich die Notwendigkeit der Bildung einer Arbeiterregierung ergeben, die parlamentarische Arbeiterpartei sofort volle Verantwortung für die Regierung des Landes übernehmen müsse, ohne sich durch irgend eine Form von Koalition bloßzustellen. Der Vollzugsrat erklärte angesichts der kritischen parlamentarischen Lage, die die Länder in händiger Neuwahlern verwickeln könne, Henderson an den Sitz des Hauptquartiers der Partei, alle Vorkämpfer für die nächste Wahl zu treffen, „weiche die bedeutungsvolle in der Geschichte der Partei sein werde“.

## Der Völkerbund soll Deutschland helfen.

Appell der Gewerkschaftsinternationale.

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtete eine Eingabe an den Völkerbund in Genf, in der auf die in Deutschland herrschende fürchterliche Not hingewiesen und der Rat gebittet wird, schleunigst die Maßnahmen zu ergreifen, die ergriffen werden müssen, um die Bevölkerung vor materiellem Untergang zu bewahren und die deutsche Jugend vor der ihr drohenden Demoralisation zu schützen. Bekanntlich hat der Völkerbund in anderen Ländern solche Maßnahmen mit großen Geldmitteln durchgeführt.

## Die Saarregierung vor dem Völkerbund.

Die gegenwärtige Tagung des Völkerbundes hat lebhaft Diskussionen über die Verwaltung der Mandatsgebiete des Völkerbundes gebracht. Der französische Vertreter, Hanotiau, verurteilt die Uebergriffen der Saarregierung gegenüber den Mandatsmächten. Er äußert seine Bedenken, drang aber damit nicht durch. Nach seiner Gegenüber scheinen sich in der Saarfrage ergeben zu haben, die bereits zweimal von der Tagesordnung abgelenkt wurde. Zwei Mitglieder der Regierungskommission des Saargebietes sind diesmal neu zu ernennen. Der als bestgehender Französischer entlarvte angebliche Vertreter der Saarbevölkerung, Dr. Hector, ist zu ersetzen und auch der bisherige dänische Vertreter Graf Wolfte, der ganz unter französischem Einfluß stand, soll nicht mehr wiedervereinen. Heber die Nachfolger liegen bisher nur Vermutungen vor. Von der Zusammenkunft der Saarlösung hängt unter Umständen das ganze Schicksal dieses deutschen Landes ab, das bekanntlich 15 Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages noch einmal über seine Zugehörigkeit entscheiden soll und daher bis dahin besonders sehr von den Franzosen bearbeitet wird.

## Die Mitarbeit der Vereinigten Staaten.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, der Beschluss Coolidges, die Mitwirkung inoffizieller amerikanischer Finanzsachverständiger bei der geplanten neuen Reparationsunternehmung zu billigen, werde in London warm begrüßt. Es würde ohne eine derartige Mitwirkung möglicherweise überhaupt zu keiner Unternehmung gekommen sein.

## Frankreich und Südslawien.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, trotz gegenteiliger amtlicher bzw. offizieller Behauptungen habe der private Besuch Alexanders von Serbien in Paris, im Verlauf dessen der König mit Millerand und Poincaré und auch mit politischen, militärischen und finanziellen Persönlichkeiten beraten habe, zur Eröffnung von Verhandlungen auf verschiedenen Gebieten geführt. Der Umfang der Erörterungen habe sich weit über untergeordnete Fragen, wie die Frage der Dynastie Ungarns und die Wiederaufbauanleihe ober den noch immer angeregten Status von Trieme hinaus erstreckt. Paris sei in letzter Zeit enttäuscht worden durch die Regierung Masaryks, die Tschechoslowakei mit Frankreich durch eine neue Militärkonvention nach dem Vorbilde der mit Polen abgeschlossenen zu verbinden und die Haltung Dr. Benesch in der Höhezollernfrage habe nicht genügt, diese Enttäuschung zu beseitigen. Zu gleicher Zeit waren Rumänien zu tief verwickelt in innere und Balkanprobleme, um neue militärische Aufgaben, die sich auf entfernte Gefahren bezögen, auf sich zu nehmen. Die französische Diplomatie und Strategie sei daher genötigt, sich eher an das dritte Mitglied der kleinen Orientale zu halten. Serbien besitze ein bei weitem bedeutenderes Heer, für das Frankreich Munitionskredite in größtem Umfang bereitstellt.

## Neue Entente-Diplomaten.

Der zweite Delegierte Italiens in der Reparationskommission, Ameglio, verläßt seinen Posten. Er wird ersetzt durch den Generalkonsul Corelli, der zuletzt italienischer Vertreter der Reparationskommission in Berlin war. Auch der zweite belgische Delegierte, Beere, verläßt am 15. Dezember seinen Posten. Er wird ersetzt durch den jetzigen belgischen Reichsminister des belgischen Ministerpräsidenten, Gutt. Der amerikanische Senat bestätigt die Ernennung Kellogg zum amerikanischen Botschafter in London. Er war früher Botschafter

# Die Parteien und das Ermächtigungsgesetz.

Die vernünftige Haltung der Kommunisten. — Der Herger der Deutschnationalen über das „gute Geschäft“ der Sozialdemokraten.

Die Kommunisten haben bekanntlich zusammen mit den Deutschnationalen gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt. Sie haben aber im Gegensatz zu den Deutschnationalen den Reichstagsaal vor der entscheidenden Abstimmung nicht verlassen und damit geholfen, die notwendige Anwesenheit von zwei Dritteln aller Abgeordneten herzustellen. In einer Zuschrift an den „Vorwärts“ erklärt die kommunistische Reichstagsfraktion allerdings, daß sie diese Wirkung ihrer Taktik nicht beabsichtigte, sondern nur voraussetzte, daß auch ohne sie die Zweidrittelanwesenheit erreicht werden würde. Tatsächlich war das aber bekanntlich nur ganz knapp der Fall. Wenn außer den Kommunisten noch etwa zehn Abgeordnete gefehlt hätten, was bei der schwankenden Haltung verschiedener kleiner Gruppen leicht möglich gewesen wäre, hätte die verfassungändernde Abstimmung nicht stattfinden können. Mit Recht nimmt daher der „Vorwärts“ wohl an, daß die Kommunisten tatsächlich bei der Abstimmung blieben, weil auch sie Reichstagswahlen unter dem militärischen Ausnahmezustand, der ja ihre Partei völlig zu unterdrücken sucht, nicht wünschen können. Wenn die kommunistischen Abgeordneten das nicht wahr haben wollen, so spricht dabei wahrscheinlich die Furcht vor dem antiparlamentarischen linken Flügel ihrer Partei mit, der ihnen ohnehin Vorwürfe wegen zu geringer Ausnutzung des Reichstags zu politischen Standalen macht. Sieht man von ihrer fadenhörnigen Begründung ab, so bleibt die Haltung der kommunistischen Abgeordneten in diesem Fall durchaus vernünftig.

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht darauf aufmerksam, daß zugleich mit dem Ermächtigungsgesetz ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiedereinführung der Demobilisierungsverordnung angenommen worden ist und bemerkt dazu, daß die Mittelparteien einen „hohen Preis für das sozialistische „Entgegenkommen“ zahlen“ mußten. Es scheint danach, daß „nicht alles bloß Angst vor sozialistischen Kernschüssen“ gewesen sei, was die Mitte zu ihrem Verhalten veranlaßt habe. Sie habe ein ganz gutes Geschäft gemacht.

## Gegensätze bei den Deutschnationalen.

Der Hauptvorstand der Deutschnationalen Volkspartei tritt heute zu einer Sitzung zusammen, in der es an der Hand sehr lebhaft geht. Als Aufsicht veröffentlicht der Landtagsabgeordnete Schlange einen Artikel, der nicht zufällig in der „Deutschen Zeitung“ erscheint, die bekanntlich mehr der politischen Richtung dient, als der Deutschnationalen Partei.

Schlange, der von den Deutschnationalen wiederholt als ihr Kandidat für den Posten eines Reichsernährungsministers genannt wurde, zieht aus dem Scheitern des Versuches, sich mit Hilfe parlamentarischer Maßnahmen in den Besitz der Macht zu machen. Er gibt auch die mit so viel demagogischem Eifer verfolgte Kernwahlparole auf, indem er zugibt, daß selbst wenn die höchsten Erwartungen der Deutschnationalen sich erfüllen, an eine deutschnationale Mehrheit unter keinen Umständen zu denken sei. Bei einer Koalitionsregierung aber gerade die Partei in dieser Abhängigkeit von den herrschenden Gruppen, wie bisher die Deutsche Volkspartei. Auch dem Vorbild des linken Flügels der Kommunisten empfiehlt der oben erwähnte Aufsichtgeber die grundsätzliche Ablehnung jeder Beteiligung an einer parlamentarischen Regierung. Darüber hinaus bekennt er sich offen zu dem, was er „nationale Revolution“ nennt, das heißt zu dem Versuch, der Mehrheit des Volkes die Gewalt Herrschaft der rechtsradikalen Kräfte aufzuzwingen.

Dieses Programm, das offenbar bei der morgigen Sitzung der Deutschnationalen Volkspartei durch die Drohung mit dem Austritt ausgedrückt werden soll, zeigt, so schreibt die „Soz.

Bl.“, daß die rechtsradikalen Kräfte heute beabsichtigen, eine günstigere Entwicklung der außen- und innenpolitischen Lage werde ihre hoch gespannten Hoffnungen auf die Ergreifung der Macht vernichten. Die Spekulation auf die allgemeine Nervenzerrüttung, die das deutsche Volk dazu bringen werde, sich freiwillig unter das Joch der Rechten zu begeben, erscheint heute weniger sicher. Daher die nervöse Aufregung, die aus dem Aufbruch des Herrn Schlange spricht. Ob die Offenheit, mit der er seine Pläne enthüllt, gerade klug ist, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls wird man den Beschlüssen des deutschnationalen Parteivorstandes mit Interesse entgegensehen.

## Die Politik der Reichstagsfraktion und die Partei.

Eine Entschließung, die der Politik der Reichstagsfraktion zustimmt, wurde von der sozialdemokratischen Landesorganisation Württemberg angenommen. — Dagegen nahm der Parteitag für den Bezirk Pommern mit knapper Mehrheit eine Entschließung an, die zwar zur Politik der Reichstagsfraktion nicht Stellung nimmt, aber für die Zukunft keinerlei Koalition mit Bürgertlichen wünscht (was allerdings für Preußen nicht gemeint zu sein scheint) und ein Parteigericht gegen Ebert wegen des Vorgehens in Sachen fordert. Die genauen Darlegungen über den Mißbrauch der Ebert-Verordnung in Sachen und die Mißbilligung dieses Mißbrauchs durch den Reichspräsidenten, der bekanntlich zum Ende der Großen Koalition im Reich führte, scheinen den Pommerschen Genossen noch nicht bekannt gewesen zu sein.

Auf die vor einigen Wochen von uns wiedergegebenen Anfragen des „Parteiorganisationsdienstes“ an die Korrespondenten des Genossen Paul Levi, welche schärfsten Klassenkampfartikel nach Meinung der Levi-Gruppe der Partei gegenwärtig außer den Angeordneten zur Verfügung ständen, haben wir irgend eine Antwort in der Deutschen Korrespondenz bisher nicht gefunden. Trotzdem wird dort weiter auf Parteivorstand und Fraktion geschimpft.

Opposition von rechts macht dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion in der über beabsichtigten internationalen Solidarität „Der Sturm“ der sozialistische Abgeordnete Sängers bekannt aus sehr unrichtigen politischen Entstellungen im Kriege. Die Taktik der Partei muß sich seiner Meinung nach dem Volkswort der nationalen Unterdrückung mehr anpassen und daher in der Kriegsschuldfrage härter gegen die Entente auftreten und auch aktiv der Wehrhaftigkeit der Nation dienen. Was Sängers mit dieser Forderung praktisch meint, bleibt dunkel. Wäre es, eine ausnahmslose Note an die Entente für das Militär abzugeben zu haben, oder schwärmt er als Münchener für Heilige Waffenstillstände? In beiden Fällen würde er unseres Reichens Deutschland ebenso wie die Bürgerliche deutsche Nationalität es bereits geschädigt haben. Der Ring anderer Kriegsgegner wäre wieder geschlossen, und alle Opfer der Erfüllungspolitik, die ja doch einen Teil der Welt davon überzeugt hat, daß Deutschland nicht durch Kriegsgewalt, sondern durch Arbeit wieder hochkommen will, wären vergebens gebracht. In der Kriegsschuldfrage liegt der Hebel zur Revision des Berliner Vertrages nur für oberflächliche Ideologen. Mit den ausländischen Sozialisten haben wir uns bereits 1920 in Genf gegen die Legende von der Alliierten Schuld irgend einer kriegsführenden Macht geeinigt. Die öffentliche Meinung der übrigen Welt aber werden wir von der Unmöglichkeit des Rückfalls zum Krieg nur durch den Nachweis seiner Unerschütterlichkeit überzeugen. Die unglückliche Wirkung von Brodorski-Kampbus Schuldenverpflichtung in Versailles ist doch eben erst wieder durch die Wilson-Memorandum sichtbar und einleuchtend genug bestätigt worden! Der Zusammenhang mit dem Sängers aus dem Munde eines sozialdemokratischen Abgeordneten kommen können, spricht nicht gegen die von ihm angegriffene Politik der Partei, sondern nur gegen die Sorgfalt unserer Parteigenossen bei der Auswahl ihrer Vertreter.

Dem Parteivorstand wird uns geschrieben: „Der Parteivorstand und die Parteigenossen für das politische „Volkswort“ zu einer Sitzung kommen, in der es mit beabsichtigter Mehrheit eine Entschließung annehmen, in der es heißt:

„Die Opposition, die ausschließlich die Mehrheit der Parteimitglieder hinter sich hat, erstrebt durch freie Meinungsäußerung und sachliche Auseinandersetzung über politische und wirtschaftliche Fragen eine vollständige geistige und organisatorische Reorientierung der Partei.“

Nach diesem Bekenntnis zur Meinungsfreiheit beschäftigt sich die Sitzung auch mit der politischen Haltung des „Volkswort“ und dem nach eingehender Aussprache zu fassenden Beschlusse:

„den Genossen E. Schulz von seinem Posten als politischer Redakteur zu entheben und die

politische Leitung des „Volkswort“ vorläufig dem Genossen Kasparek zu übertragen.“

Tags darauf, am Montag früh, wurde dem Genossen Schulz der Zutritt zur Redaktion verweigert. Am Montagabend wurde eine Parteiversammlung in Halle mit 225 bis 150 Stimmen sich gegen den Beschlusse des erweiterten Parteivorstandes und der Pressekommission, also für das Fortbleiben des Genossen Schulz in der Redaktion.

Zu diesen Vorgängen in Halle nahm der Parteivorstand seiner Sitzung am Mittwoch Stellung. Er führte den Parteivorstand und Pressekommission in Halle auf, daß der Beschlusse gegen den Genossen Schulz bedingungslos anzunehmen und dem Genossen Wels, Crispian und anderen in Halle persönlich einzutreten und dafür Sorge zu nehmen, dort wieder geordnete Parteiverhältnisse einzurichten.

Die Reichspresse behandelt die Berliner Funktionärsvorgänge als ein gescheitertes Experiment. Mit einer Ausnahme, man an die inneren Angelegenheiten der Sozialdemokratie nicht verwendet, werden einzelne Reden wiederbegeben. Deutschnational: „Berliner Lokalzeitung“ triumphiert.

„In dem Verlauf und in dem Ausgange dieser Parteiversammlung spiegelt sich die ganze Zersplittertheit der Sozialdemokratischen Partei und ihre innere Schwäche auf das deutlichste wider.“

Wir stellen diese Stimmen hier einmal zusammen, auf eine Gefahr hinzuweisen. Manche Sozialdemokraten wollen anscheinend die folgenden Wochen und Monate bis zu zweifellos in der ersten Hälfte, vielleicht schon im ersten Drittel 1924 bevorstehenden Reichstagswahlen dazu verwenden, um gegenständig über erledigte taktische Fragen zu streiten. Was kommt dabei heraus? Auf der Berliner Parteikonferenz war ein Beispiel der Genosse Crispian von der Fraktionsminderheit mit den Rednern der Mehrheit einig darin, daß wir jetzt die Lösung des Ermächtigungsgesetzes allein noch möglich machen könnten, wenn wir die Zustimmung nur von anderen Bedingungen abhängig gemacht als die Fraktionsmehrheit wollte ein Sanierungsprogramm des Ministeriums vorgelegt kommen, dessen Beeinflussung im einzelnen uns wahrscheinlich eine neue Einladung zum Regierungseintritt gebracht hätte oder aber erfolglos geblieben wäre. Haben unsere Parteiversammlungen wirklich nichts Besseres zu tun, als nachträglich auszuforschen, ob in einer bestimmten taktischen Lage durch parlamentarische Verhandlungen noch mehr herauszubekommen wäre als der Reichstagsbeschlusse für die Wiederherstellung der mobilisierungsabstimmungen und die Einziehung des parlamentarischen Kontrollauschlusses? Sollten wir nicht lieber auf Grund der nun einmal tatsächlich gegebenen Lage vorwärts zu tun suchen, statt uns immer wieder in die Kritik der zoonomischen Reichstagsfraktion zu verbeugen, die dadurch doch nicht weniger geändert wird? Unsere Gegner leben mit uns zufrieden auf diese inneren Zwistigkeiten, durch die wir uns aufhaken hin nur schwächen. Sie hoffen sogar auf eine Spaltung ohne daß Anzeichen dafür vorliegen. Aber mit diesen Parteilösungen für die Einheit der Partei und gleichzeitigen einanderkämpfen kommt etwas heraus, was nicht die besten die gegenseitige Lähmung. Das können wir jetzt nicht brauchen als je. Der Mißerfolg der Deutschnationalen in den Reichstagswahlen und der Umkehrung in England werden unsere Kampfbedingungen. Wir sollten diese Umstände anerkennen und jetzt alle Kräfte zusammenfassen, um uns bei den deutschen Wahlen des nächsten Jahres und englischen Genossen würdig zu zeigen!

## Ein Erfolg der Wucherpolizei.

In Berlin wurde am Mittwoch durch das energische Eingreifen der Wucherpolizei eine Senkung der Fleischpreise um 30 bis 40 Prozent pro Pfund durchgeführt. Die Polizei besetzte 10 Morgen des Berliner Reichhof und verlangte von der Rotationskommission eine Festsetzung des Preises für Schweinefleisch auf 75 Pfg. Nach stürmischen Protesten stieg der Ausschuss und notierte Schweinefleischpreis mit 1 Mark. Käufer, Schafe wurden frei gehandelt.

## Die Unterstützung Erwerbsloser am Aufenthalt.

Nach einer Empfehlung des Reichsarbeitsministers ist die Unterstützung Erwerbsloser, die bis zum Eintritt der Arbeitsbeschäftigung infolge ihrer Berufstätigkeit erwerbslos geworden waren, in der Regel nicht aufhalten konnte. In Wabnitz in der Regel nicht aufhalten konnte (z. B. Binnenschiffer), die Gemeinde zuständige, in der beim Eintritt der Arbeitsbeschäftigung ihren Aufenthalt hatten. Der Minister für Volkswohlfahrt weist dem Amtlichen Preussischen Präsidium zufolge, in einem Erlaß darauf hin, daß diese Auslegung selbstverständlich nicht dazu führen darf, daß erwerbslose Personen unterziehen, um an einem beliebigen Ort die Erwerbslosenunterstützung in Anspruch zu nehmen.

Amil. Dollerkers vom Mittwoch 4 200 000 000  
1 Goldmark = 1 000 000 000 Papiermark.

# Der Kampf am Dover.

Roman von Victor Hugo.

42] Die Abfahrt des Colonne.  
1. Herzweilung.  
Es war noch nicht ganz vier Uhr morgens. Die nach St. Sampson kommende Flotte war beständig.  
Da die ganze Bevölkerung von Doverer Reagier ergriffen dem Herzen der Insel zitterte, so war das Haus der Schiffsleute von St. Sampson, der im Tiden liegt, verlassen als je.  
Trotzdem sah man ein Boot und einen Schiffer dort. Im Boot lag eine Kiste. Der Schiffer schien zu wachen.  
Auf der Reede sah man den Colonne vor Anker, noch ohne Vorbereitungen zur Abreise. Er hätte erst am Mittag abfahren.  
Ein Vorübergehender, der in der Nähe einer der Treppen am Strand gehend war, wurde ein Mann von Speisenden gefolgt und wenn er sich über die Klippen gelacht hätte, in einem von Jüngern übergebenen Felsensattel zwei Personen herrschend haben, einen Mann und ein Weib, Ebenezer und Deruchette.  
Ebenezer und Deruchette standen gerade einander gegenüber, Hand in Hand. Deruchette sprach, Ebenezer sprach. Wann lag der Deruchettes Jagen, ihre Wäpser bedeckten Linsen.  
Tropfenhaft und zitternd schickte sie auf Ebenezers reitender Stirne aus. Sie blickte bis dahin zurück und zerschmetterten Gesicht drückte sie bereits der Beispiel des Angichts aus. In Ebenezer mahlte sie Glanz mit Rosendorn, Pflanzwürde mit Lebenskraft.  
Er betrachtete Deruchette anhaltend.  
Die beiden Menschen blickten sich an.  
In Ebenezer sagte plötzlich der Pläne Versteigerung der Langschiffung.  
Deruchette sprach: Sie werden nicht abfahren. Ich habe nicht die Kraft, hier zu bleiben. Ich möchte von Dover abfahren, um zu können, um kann es nicht. Warum hat Sie

gestern verlassen? Sie mühen sich nicht, wenn Sie fortgehen wollten. Ich habe mich nicht geirrt. Ich liebe Sie, aber ich würde es nicht. Nur am ersten Tage, als Herr Ebenezer herab die Klippen von Rebecca lag und Ihre Augen meinen beugerten, hätte ich meine Wangen brennen und dachte: O wie hat Rebecca mich geliebt! Es ist gleichgültig. Heute kann mir vorgehen geht. Sie lieben den Platte, so hätte ich gedacht. Ich würde nicht auf mein Herz. Ich ging in die Klippe und sah Sie. Ich glänzte, jeder läte daselbe. Ich absteig mir. Wenn Sie das sah nahmen, ward es bei mir Licht; wenn es andere nahmen, war es nur ein gewöhnliches Licht. Zwischen rühten Ihre Augen auf mir. Sie sprach von Ereignissen. Sie waren der Ereignis selbst. Was Sie sagten, dachte ich nicht. Ich weiß nicht, ob ich an Gott glaube, ob Sie kamen. Seit Sie da sind, bin ich ein lebendes Weib. Das also heißt: einen Mann lieben! Und ich dachte, wie unabhängig ich geworden bin! Warum hat Sie gestern in den Garten gekommen? Ich hätte da ohne Sie nichts gemacht. Sie wären abgefahren und ich wäre vielleicht traurig geworden. Jetzt würde ich herden. Jetzt, wo ich weiß, daß ich Sie liebe, können Sie nicht mehr fortgehen. Warum denken Sie? Hören Sie mich?  
Ebenezer antwortete: Sie haben gehört, was gestern gesagt worden ist.  
Ich!  
Was kann ich dagegen?  
Sie schwiegen. Ebenezer sah fort. Ich kann nur noch eins tun: abfahren.  
Und ich: herden. Ich, ich möchte, es gäbe kein Meer und war ein Himmel. Dann hätte ich vielleicht alles ordnen. Dann würden wir zusammen abfahren. Warum haben Sie mit mir gesprochen? Jetzt gehen Sie nicht. Ich, mir ist das Herz gebrochen. Ich bin sehr unglücklich. Und dabei ist mein Onkel doch kein Mensch, der einem anderen Böses will!  
Es war das erste Mal in ihrem Leben, daß Deruchette Dank sagte hat Vater.  
Ebenezer ging vor und sah dem Schiffer ein Zeichen. Man hätte das Haus in den Tiden hinterlassen.  
Rein, nein! Ihre Deruchette.  
Ebenezer nickte sich ihr. Ich muß, Deruchette.  
Rein! Nie! Wegen einer Klippe! Ich das möglich? Haben Sie gestern den Menschen gesehen? Bereiten Sie mich

nicht! Sie haben Verstand, finden Sie einen Ausweg. Ich habe mich nicht geirrt, daß ich Sie heute hier finde, um den abzureisen? Ich habe Ihnen nichts getan! Ich! Ich liebe Sie, aber ich würde es nicht. Nur am ersten Tage, als Herr Ebenezer herab die Klippen von Rebecca lag und Ihre Augen meinen beugerten, hätte ich meine Wangen brennen und dachte: O wie hat Rebecca mich geliebt! Es ist gleichgültig. Heute kann mir vorgehen geht. Sie lieben den Platte, so hätte ich gedacht. Ich würde nicht auf mein Herz. Ich ging in die Klippe und sah Sie. Ich glänzte, jeder läte daselbe. Ich absteig mir. Wenn Sie das sah nahmen, ward es bei mir Licht; wenn es andere nahmen, war es nur ein gewöhnliches Licht. Zwischen rühten Ihre Augen auf mir. Sie sprach von Ereignissen. Sie waren der Ereignis selbst. Was Sie sagten, dachte ich nicht. Ich weiß nicht, ob ich an Gott glaube, ob Sie kamen. Seit Sie da sind, bin ich ein lebendes Weib. Das also heißt: einen Mann lieben! Und ich dachte, wie unabhängig ich geworden bin! Warum hat Sie gestern in den Garten gekommen? Ich hätte da ohne Sie nichts gemacht. Sie wären abgefahren und ich wäre vielleicht traurig geworden. Jetzt würde ich herden. Jetzt, wo ich weiß, daß ich Sie liebe, können Sie nicht mehr fortgehen. Warum denken Sie? Hören Sie mich?  
Ebenezer antwortete: Sie haben gehört, was gestern gesagt worden ist.  
Ich!  
Was kann ich dagegen?  
Sie schwiegen. Ebenezer sah fort. Ich kann nur noch eins tun: abfahren.  
Und ich: herden. Ich, ich möchte, es gäbe kein Meer und war ein Himmel. Dann hätte ich vielleicht alles ordnen. Dann würden wir zusammen abfahren. Warum haben Sie mit mir gesprochen? Jetzt gehen Sie nicht. Ich, mir ist das Herz gebrochen. Ich bin sehr unglücklich. Und dabei ist mein Onkel doch kein Mensch, der einem anderen Böses will!  
Es war das erste Mal in ihrem Leben, daß Deruchette Dank sagte hat Vater.  
Ebenezer ging vor und sah dem Schiffer ein Zeichen. Man hätte das Haus in den Tiden hinterlassen.  
Rein, nein! Ihre Deruchette.  
Ebenezer nickte sich ihr. Ich muß, Deruchette.  
Rein! Nie! Wegen einer Klippe! Ich das möglich? Haben Sie gestern den Menschen gesehen? Bereiten Sie mich

(Fortsetzung folgt.)

# Wie sieht es in Rußland aus?

## Die Wirtschaftslage

Die russische Volkswirtschaft, die am 1. Dezember 1922 im Wirtschaftsjahr 1922/23 unter den gleichen Krisenbedingungen wie die Wirtschaft des ganzen Sowjetbundes zu einer Creditdepression und Abschwächung wirt. sich auf das gesamte Wirtschaftsleben. Obwohl wirtschaftliche Maßnahmen den Höhepunkt der Krise als bereits überwindlich bezeichnen, muß infolge der geringen Mittel der ukrainischen Kreditinstitute (Staatsbank, Prombank) mit starken Kreditkürzungen gerechnet werden. „Günstig“ wirkte nur ein gewisses Steigen der Gewerbetätigkeit.

Die ukrainische Volkswirtschaft hatte, wie der Ost-Expres berichtet, im Wirtschaftsjahr 1922/23 unter den gleichen Krisenbedingungen wie die Wirtschaft des ganzen Sowjetbundes zu einer Creditdepression und Abschwächung wirt. sich auf das gesamte Wirtschaftsleben. Obwohl wirtschaftliche Maßnahmen den Höhepunkt der Krise als bereits überwindlich bezeichnen, muß infolge der geringen Mittel der ukrainischen Kreditinstitute (Staatsbank, Prombank) mit starken Kreditkürzungen gerechnet werden. „Günstig“ wirkte nur ein gewisses Steigen der Gewerbetätigkeit.

### Freiere Stellung der Fabrikdirektoren.

Der Oberste Volkswirtschaftsrat weist, dem Ost-Expres zu, in einem Dekret darauf hin, daß die Vorstände der Trusts noch nicht die Notwendigkeit erkannt hätten, den Fabrikdirektoren die notwendige geistliche Selbständigkeit und das Recht der freien Initiative zu gewähren. Die Fabrikdirektoren werden freier in der Besetzung der Trusts in ihrer Arbeit befähigt. Das Dekret fordert die Trusts in entscheidender Form, die durch die Richtlinien für die Verwaltung der Trusts vom 13. Juni gewährleistete Betätigung freier Initiative der Fabrikdirektoren zu respektieren.

### Trotz über die Gewinnung des Bauerntums für den Sowjetstaat.

Über die moralische Eroberung des Dorfes hat sich jetzt in vielen anderen führenden Sowjetpolitikern, auch Trotzki in der längeren Abhandlung in der Presse geäußert. Trotzki betont dieses Problem sehr nüchtern. Die Errettung von „Anschüssen“ für einzelne Dörfer und dergleichen sei höchstens eine erste Einleitung der gewünschten Verschmelzung, die eigentliche Grundlage aber könne nur die Zuerstung bedeutender wirtschaftlicher Vorteile schaffen. Der Bauer müsse landwirtschaftliches Gerät, Maschinen, Kunstdünger, Düngemittel usw. und alles dies schnell und billig. Hier müsse die Industrie ansetzen; wenn diese den Wünschen der Bauern in möglichstem Maße entgegenkomme, so würde die „Verschmelzung“ des Bauerntums mit der Arbeiterschaft und damit die Sowjetisierung des Dorfes am

## Gewerkschaftsbewegung.

### Staat und Wirtschaft.

Im Zentrum unseres gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens steht die Währungsfrage. In allen politischen Dingen, in den Kreisen der Unternehmer wie der Arbeiterschaft, steht über allen Punkt keinerlei Meinungsverschiedenheit: unsere Währung kann nur dann stabilisiert werden, wenn die öffentlichen Ausgaben in Gleichgewicht gebracht werden mit den Einnahmen. Die geradezu tolle Defizitwirtschaft muß also radikal beendet werden.

Wie aber soll das Defizit beseitigt werden? Die Regierung hat eine Vereinbarung mit den führenden Unternehmern getroffen, die durch Sparmaßnahmen, 2. durch Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und Gehälter, um die Produktionskosten herabzudrücken, durch neue Steuern.

Das heißt in Wirklichkeit das Pferd beim Schwanz aufheben. Vergleicht man die Ausgaben des Reiches mit den Einnahmen vor dem Kriege, dann stellt man fest, daß diese, wenn man die jetztigen Ausgaben infolge der Ruhrbewegung abzieht, bei weitem neuen Ausmaßen und trotz des Zurückgehens der Kaufkraft im Goldmarkt viel niedriger sind. Es müssen also zunächst die öffentlichen Ausgaben in Gleichgewicht gebracht werden, was es notwendig ist. Aber ein Staat wird nicht zahlungsfähiger durch Verkleinerung der ihm zulegenden Verwaltungs- und Kulturaufgaben, sondern durch Förderung der Voraussetzungen für eine Überwindung der gesamten Wirtschaft.

Wenn nun die Regierung gar diese Höherentwicklung unterläßt, indem sie die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke vergrößert, die eigenen Einnahmequellen verstopft durch Unterbrechung der Kaufkraft der Massen, die Produktivität zu steigern versucht, wie es das Kapital in seinen Anfängen machte, nämlich durch eine Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeiter, so bedeutet dies alles zusammen praktisch den Versuch, Deutschland zurückzuführen auf das wirtschaftliche Niveau der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts und auf das kulturelle Niveau des achtzehnten Jahrhunderts.

Die Arbeiterschaft besteht gewiß nicht. So verrückt ist heute nicht die deutsche Wirtschaft. Aber wie will man einem Staat von Millionen Einwohnern im Wettbewerb der Völker Geltung verschaffen, wenn man seine Einnahmen und damit seinen Aufschwung zu einschränkt, daß er dem eines Kleinstaates gleichgestellt wird. Wie will man die deutsche Wirtschaft im Wettbewerb gegen die Wirtschaft der modernen Industrieländer aufrechterhalten, wenn man sie einzustellen versucht auf ein seit Jahrhunderten überholtes System, das der Manufakturperiode, wo die intensive Ausplünderung der menschlichen Arbeitskraft die noch vorhandene technische Ausrüstung der mechanischen Arbeitskraft ersetzte? Wie will man vor allen Dingen Staat und Wirtschaft erhalten, wenn man ihnen ihr Fundament, die

besten gefördert werden. Erst in zweiter Linie komme die „Aufklärung“ des Dorfes, die hauptsächlich durch eine wirtlich in bäuerlichem Geiste geleitete Zeitung zu geben sei, welche den Bauern „mit unserer städtischen Schlampererei verzeihe“.

### Die Zusammenlegung der Kommunistischen Partei Rußlands.

Mitte Januar wird eine Konferenz der russischen Kommunistenpartei aller Länder des Sowjetbundes-Gebietes stattfinden. Die Einweisung in der Petersburger Gouvernementskonferenz der Kommunistenpartei miteilt, zählt die Partei auf dem ganzen Gebiet des Sowjetbundes jetzt 311.000 Mitglieder. Von diesen sind 54.000 Arbeiter, 61.000 Bauern, die übrigen circa 200.000 verteilen sich auf die rote Armee und die Angestellten der administrativen und wirtschaftlichen Sowjet-Institutionen. Die Zahl der zur Aufnahme in die Partei vorgemerkten „Randkandidaten“ beziffert sich auf 92.000.

### Der neue Moskauer Sowjet.

Das Resultat der Neuwahlen in den Sowjet von Moskau liegt nunmehr vor: Gewählt wurden 1594 Delegierte, von denen 1293 Kommunisten und 201 Parteiloje sind. Bisher gehörten dem Moskauer Sowjet 1507 Mitglieder an, von denen 1485 Kommunisten waren, so daß trotz aller Kautelen des sowjetischen Wahlverfahrens der Prozentfuß der Nichtkommunisten immerhin zugenommen hat.

### „Reinigung“ der Bibliotheken.

Der „Soz. Westnik“, das Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie, erzählt: Der „Glampostprophet“, das Organ der russischen Regierung für die politische Aufklärung, hat eine „Instruktion“ herausgegeben, die die Behörden verpflichtet, alle öffentlichen Bibliotheken durchzugehen und sie von „konterrevolutionärer und unflüchtiger Literatur zu reinigen“. Die Bücher, die aus den öffentlichen Bibliotheken ausgeschieden werden, werden in zwei Kategorien geteilt: die erste Kategorie sind unter der Aufsicht der Behörden zu vernichten; die zweite Kategorie dürfen nur in akademischen Bibliotheken bleiben, müssen aber dort in besonderen Schränken versperret und dürfen nur zu Zwecken wissenschaftlicher Arbeit ausgegeben werden; aus Volksbibliotheken müssen diese Schriften entfernt werden. Zu dieser zweiten Kategorie gehören nach der „Instruktion“ unter anderem alle Schriften von Plato, Descartes, Kant, Spencer, Mach, gehören die Evangelien, der Koran, der Talmud, gehören alle Schriften von Carlyle, Kravotkin, Maeterlinck, Nietzsche, alle Schriften Leo Tolstois außer den Romanen, gehört selbst die „Geschichte des Materialismus“ von Friedrich Albert Lange. Vernichtet werden sollen alle Agitationschriften gegen den Bolschewismus. Aus den Volksbibliotheken sollen aber nach § 3 der Instruktion auch entfernt werden: alle veraltete Agitationsliteratur und alle veralteten amtlichen Berichte der Sowjetorgane aus den Jahren 1918 bis 1920 über solche Fragen, welche gegenwärtig von der Sowjetregierung anders entschieden werden als damals (Bodenfrage, Steuerwesen, Frage des freien Handels, Zensurverfahrensreform). — Man kann zu dieser Instruktion nur sagen, so meint die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ mit Recht, daß sie die berechtigten Literaturordnungen der Zeit Metternichs weitaus übertrifft.

geistige und wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit der Massen, untergräbt?

Der Weg, den die Regierung unter der Anleitung eben so, wie gewinnstüchtiger Unternehmertreue zu gehen sieht, den Staat und die Wirtschaft auf Kosten der Arbeit zu kanalisieren, ist ein Abweg. Das Experiment, das jetzt versucht wird, muß scheitern. In der Arbeiterschaft ist es vorzubereiten und durch Stärkung ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationen den Wiederaufstieg des Staates und der Wirtschaft sicherzustellen.

### Reichsfinanzminister a. D. Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolf Hilferding

spricht heute abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus in der

### Partei-Mitglieder-Versammlung

über: „Die letzten politischen Entscheidungen!“

Kein Parteigenosse veräume den Besuch dieser Versammlung. Ohne Parteimitgliedsbuch kein Zutritt.

### Arbeit wollen sie schaffen — aber nur keinen Achtundentag.

Böhm, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Arbeitslosen in Böhm beträgt rund 30.000. Die Stadt geht an die Arbeitslosen Naturalien (Brot, Fett und Kartoffeln) aus, die später bezahlt werden sollen. Die Not der Erwerbslosen wächst von Tag zu Tag. In den anderen Städten des Böhmerlandes liegen die Verhältnisse nicht anders. Man erhofft bald eine Besserung durch die am Montag erfolgte Wiederaufnahme der Arbeit im Bergbau. Auf den Werken der Metallindustrie planen die Großunternehmer ebenfalls die Inangriffnahme der Betriebe unter den von ihnen diktieren Bedingungen. Die Arbeiter sämtlicher Organisationen in der Metallindustrie halten im ganzen Böhmerland Massenversammlungen ab, in denen sie in schärfster Weise gegen das Vorgehen der Unternehmer Stellung nehmen und den einmütigen Willen zur Erhaltung des Achtundentages und des geregelten Arbeitsverhältnisses bekunden. Die Unternehmer suchen das geschlossene Auftreten der Arbeiter durch Einzelverhandlungen wirkungslos zu machen.

### Denkt an das Parteiotopfer!

### Die Nahrungindustrie baut schon die Bohne ab.

M.F.B. meldet aus Essen: Wie in anderen Industriezweigen, zum Beispiel in der Eisenindustrie und der chemischen Industrie, tritt auch in der Nahrungindustrie für die laufende Woche eine gewisse Lohnermäßigung ein, indem der zu einem Goldmarklohn von 4,20 gerechnete Leuerungszuschlag von 25% auf 10% abgebaut wird. Es wird darauf hingewiesen, daß die Voraussetzungen für den Leuerungszuschlag nach Beilegung der Kursdifferenzen und den nicht unerheblich gesunkenen Lebensmittelpreisen fortgefallen sind.

### Wer gefährdet die Brotversorgung?

In Nr. 281 der „Volksmacht“ wurde berichtet, daß die Arbeitnehmer der Breslauer Brotfabriken den Schiedspruch, der nur gegen eine Stimme gefällt wurde, angenommen hatten. Der Spruch sah ein Spitzenlohn von 21,50 Mark vor. Die Arbeitgeber hingegen lehnten den Schiedspruch ab, sodaß bei der letzten Lohnzahlung die Arbeitnehmer mit einem Nettomonatslohn von 12 und 13 Mark abgepaget wurden. Eine rühmliche Ausnahme machten einige kleinere Brotfabriken, die trotz primitiver Betriebsbedingungen gemäß dem Schiedspruch die Lohnzahlung vornahmen. Nur die drei größten Betriebe, Breslauer Konsumverein, Kreuzstraße, die Dampfbäckerei der Breslauer Kolonialwarenhandlung sowie die Christwerke, Michaelisstraße, mit insgesamt 145 Beschäftigten und technisch gut eingerichtet, weigern sich nach wie vor, trotz intensiver Ausbeutung der Arbeitsträfte, den erarbeiteten Lohn zur Auszahlung zu bringen.

Eine ungeheure Erregung hat sich der Arbeitnehmer bemächtigt. In Betriebsversammlungen wurde spontan die Arbeitsniederlegung verlangt. Mit größter Mühe gelang es bisher den Funktionären, einen allgemeinen Streik zu verhindern. Sollten die betreffenden Arbeitgeber nicht baldigst ihren harten Standpunkt aufgeben, alsdann ist ein allgemeiner Streik im Breslauer Bäckergewerbe unermelblich. In gleichartigen Städten wie Breslau werden Wobensöhne von 31—43 Mark gezahlt. Allgemein dürfte die Arbeitsniederlegung beschloß werden, da die in den geregelten Betrieben Arbeitenden sich solidarisch erklart haben. Eine am 13. 12. 2 Uhr nachmittags, stattfindende Protestversammlung wird Befuß haben. Nicht die um fargen Lohn kämpfenden Arbeitnehmer gefährden die Brotversorgung, sondern die genannten Großfirmen. Eine später folgende Notiz wird Aufschluß geben über die „Schmalen“ Gewinne der genannten Firmen.

Behördenlicher Bauarbeiterschlag. In dem unter dieser Ueberschrift in der gestrigen Nummer unseres Blattes erschienenen Artikel heßen wir nachträglich richtig, daß das auf der Eisenstraße im Bau befindliche Dienstgebäude der Oberpostdirektion nicht ein- sondern vierstöckig ist.

## Aus aller Welt.

### Männer in Frauenkleidern.

Die Berliner Polizei hat in der Nacht zum Sonntag eine Razzia auf Männer veranlaßt, die in Frauenkleidern ihr Wesen treiben. Beim Polizeipräsidium waren viele Klagen eingegangen, daß an gewissen Stellen der Stadt abends und nachts die Strakenpassanten Belästigungen solcher Leute ausgeübt seien. Die Razzia wurde bis in die ersten Morgenstunden ausgedehnt und es wurden dabei insgesamt 32 Personen aufgegriffen.

### Eine Weltberühmtheit.

Blättermeldungen zufolge ist der Detektiv Pinkerton in Los Angeles gestorben. Er war der Sohn des Gründers der bekannten Firma.

### Wirkets als kleine Preise.

In dem thüringischen Städtchen Lobenstein spielt zurzeit die Theatergesellschaft Sühngut, die dieser Tage betarrig, daß sie auch Naturalien und Lebensmittel statt Bargeld als Eintrittspreis in Zahlung nimmt. Sie will allwöchentlich eine Vorstellung zu „kleinen Preisen“ geben, die in Gestalt von einigen — Breikets zu entrichten sein sollen!

### Breslauer Produktenbörse vom 12. Dezember.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 12. Dezember 1923 tatsächlich gezahlten Preise ab schließlicher Verladestation. Getreide: Tendenz: Weiter weichend. — Delikatessen: Tendenz: Fast ungeschloß. — Kartoffeln: Tendenz: Ruhig. — Mehl und Mahlprodukte: Tendenz: Schwach. — Sämereien: Tendenz: Kaffee matter auf großes billigeres auskündliches Angebot.

Tägliche Amliche Notierungen (100 kg) in Goldmark:

Getreide:	12.	11.	Delikatessen:	12.	11.
Weizen . . . . .	15,80	16,80	Hanfsaat . . . . .	—	—
Roggen . . . . .	14,25	15,00	Leinsamen . . . . .	86	—
Hafer . . . . .	12,75	13,00	Mohn, blau . . . . .	67	—
Große Som. . . . .	15,50	15,50	Wass. Wint. . . . .	25	—
Wint. . . . .	—	—	Leinsamen . . . . .	31,50	—

Die Preise verstehen sich bei sofortiger Bezahlung. Speise-Kartoffeln (je 50 kg) rote und weiße 2,00 Goldmark. Fabrikartoffeln 1,80

Amliche Notierung für Mählenerzeugnisse (für 100 kg).

	12.	11.	
Weizenmehl . . . . .	100 kg	26,50	28,00
Roggenmehl . . . . .	100 kg	25,00	26,50
Ausgumemehl . . . . .	100 kg	30,50	32,50

Sämereien.

Kaffee (alt)	35—55	feinste Qua-	Trambö . . . . .	feinste Qua-
Kaffee (neu)	70—100	Hüt	Sambella . . . . . <th>Hüt</th>	Hüt
Schmalz . . . . .	25—45	be-	do. (neue) . . . . .	be-
Gelbölz . . . . .	20—30	über	Wambö . . . . .	über

### Bereinstalender.

Spartistell. Zur Eröffnung der Sport-Arena in der Jahrhunderthalle sind uns eine Anzahl Freikarten zur Verfügung gestellt worden. Die Ausgabe derselben erfolgt am Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant des Gemeindefesthauses. Die Bereinstalenden müssen unbedingt zur Stelle sein und 1.000 für jede Sparte bis drei Karten entnehmen. Der Vorstand.

Um meinen Uster werde ich überall beneidet. Der wunderbare Flauch ist von **Tuch Korte** Lager Carl

# feurio!

Waschen Sie schon mit feurio?

Dann ist Ihnen auch schon aufgefallen, wie leicht die Arbeit ist, wie weiß und duftend die Wäsche wird und wie wenig Ihre Hände aufgesprungen sind.

feurio Haushaltseife enthält 80% Fett, ist daher die beste und sparsamste.

Vereinigete Seifenfabriken Stuttgart A.G.



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. Dezember.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Parteigenossen!

Stellung und Ausbau der politischen Kampforganisation...

Stadterverordnetenwahl - Reichstagswahl

Der Wahlkampf geht mit Hochdruck an die Durchführung...

Sozialdemokratische Partei.

Entscheidend für den notwendigen Parteifortschritt...

Wo für Dezember noch nicht fassiert ist, geschieht es in den nächsten Tagen...

Beamtens-Vertreterversammlung...

Beamtens-Vertreter!

Sonntag, den 16. Dezember, vormittags 10 Uhr...

Beamtens-Vertreterversammlung...

Sein Reichsschulgesetz. - Was nun?

Grundsätzlich ist klar, dass das Reichsschulgesetz kommt nicht...

Das Reichsschulgesetz ist eine der stärksten Wurzeln...

Das Reichsschulgesetz ist eine der stärksten Wurzeln...

Das Reichsschulgesetz ist eine der stärksten Wurzeln...

Das Reichsschulgesetz ist eine der stärksten Wurzeln...

Das Reichsschulgesetz ist eine der stärksten Wurzeln...

Das Reichsschulgesetz ist eine der stärksten Wurzeln...

Das Reichsschulgesetz ist eine der stärksten Wurzeln...

Das Reichsschulgesetz ist eine der stärksten Wurzeln...

Das Reichsschulgesetz ist eine der stärksten Wurzeln...

Das Reichsschulgesetz ist eine der stärksten Wurzeln...

Wohlfahrtspflege verbunden waren, die aber seit der Revolution aufgehoben sind...

In der Aussprache unterzog die Genossin Jils den allgemeinen Antrag...

Laßt unsere Jugend nicht zugrunde gehen!

Gebt für die Kinderhilfe der deutschen Arbeiterschaft!

Reichswehr-Weihnachten für die Armen.

Der Chef der Heeresleitung, General von Seckt, erläßt einen Aufruf...

Eine Senkung der Viehpreise

machte sich gestern auch auf dem Breslauer Schlachtwiehmärkte bemerkbar...

Boggerkampftag in der Jahrhunderthalle.

Bereits am 14. Dezember wird die Einweihung der Sporthalle...

Volkshund für neue Erziehung.

Am 8. Dezember berichtete Emma Fischer über die Arbeit der Arbeiterkinderfreunde...

In Breslau begann die proletarische Jugend, vor allem die Naturfreunde...

\* Vom Direktor des Magdalengymnasiums wird uns auf die Notiz in der Dienstanummer...

\* Zur Förderung des Baues der Feuerbestattungsanlage in Breslau...

\* Kinder in Not. Ein wahrer Freund der Kinder in Not ist der Bäckermeister Herr Max Kühler...

\* Die Studentenwahlen an der Breslauer Universität haben folgende Ergebnisse...

\* Musikalisches Vortragsabend in der Blindenanstalt. Eine große Weihnachtstunde...

\* Ein hartes Verkehrsverbot in Breslau. Das ehemalige Stadttheater...

\* Die Wohnungswirtschaft in Breslau. Die Wohnungswirtschaft in Breslau...



Erdaß 1,2,3... Zaubert den Glanz herbei... Madeleine Schulte...



Erdaß 1,2,3... Zaubert den Glanz herbei... Madeleine Schulte... Erdal Werner & Mertz - A. G. Mainz

